



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ: Schleswig-Holstein und die Mittelstaaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Schleswig-Holstein und die Mittelstaaten.

Aus Schwaben, 20. Dec.

Der Glaube an den Beruf der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu einer selbständigen nationalen Politik schien niemals berechtigter als in den letzten Wochen. Hier hatte sich nicht nur die öffentliche Meinung mit seltener Einstimmigkeit und Energie für das Recht Schleswig-Holsteins ausgesprochen, sondern auch unter den Regierungen war zum Theil guter Wille für eine gute Sache vorhanden. Dennoch haben aber die Erfahrungen der jüngsten Wochen hingereicht, jene Illusion gründlich zu zerstören.

Der einzige gerade Weg zur Durchführung des Rechts der Herzogthümer war der, daß die Bewegung, die der Tod des Königs Friedrich in Deutschland zur Folge hatte, sich in den preussischen Staat ergoß und die Verwendung seiner Mittel für die nationale Sache durchsetzte. Gelang es nicht, der Bewegung diesen Lauf zu geben, so schwankte sie ziellos hin und her, die Initiative ward bald diesem bald jenem zugeschoben, und ein glücklicher Ausgang war im Grunde nur mehr vom Zufall zu erwarten.

Die namenlos traurige Lage des preussischen Staats verdunkelte jenen einzig richtigen Weg. In Preußen selbst war der Blick durch die nähere Bedrängniß getrübt. Ich wiederhole nicht, was man vom preussischen Volk und seiner Volksvertretung erwartete. Welchen Erfolg der spät erst unter weit ungünstigeren Umständen durchgedrungene Entschluß einer Adresse an die Krone haben wird, steht in diesem Augenblick noch dahin. Wiederum richten sich die Blicke ängstlich fragend nach Berlin, wo in diesem Moment über mehr entschieden wird, als über das Erbrecht eines kleinen deutschen Fürsten.

So sehr schien der innere Verfassungsconflict jede preussische Action unmöglich zu machen, daß preussische Blätter in den Ruf der Süddeutschen einstimmen: Deutschland sei diesmal im Lager der Mittelstaaten. Auf der nürnbergischen Versammlung stimmten, wie versichert wird, preussische Abgeordnete zu, daß die Initiative von Bayern ausgehen müsse. Die süddeutschen Abgeordneten selbst waren über die Bereitwilligkeit, mit welcher jene dies thaten, betroffen. Es hatte eine sehr bedenkliche Seite, wenn noch später preussische Adressen und Resolutionen im König von Bayern den Retter Deutschlands begrüßten und erklärten, „daß nur mehr vom Vorgehen Bayerns und Badens eine glückliche Wendung der großen Sache zu erwarten sei“.

Fanden diese Gedanken selbst in Preußen Eingang, so war es freilich ver-

zeiulich, wenn in Süddeutschland, wo die Träume der Trias nicht vergessen waren, unter dem Eindruck der Haltung der deutschen Großmächte die öffentliche Meinung sich einstimmig und nachdrücklich für das Vorgehen der Mittelstaaten aussprach. Durch die ganze süddeutsche Presse ging der Ruf: Bayern solle der Retter Deutschlands sein. Die Schwaben drückten ihren Nachbarn die Reichssturmfahne in die Hand. In Bayern selbst war jeder Parteiunterschied verschwunden vor dem ungestümen Wunsch, dem Herzog Friedrich Waffenhilfe zu bringen.

Es zeigte sich bald, welche seltsame Täuschungen hier mit unterliefen.

An sich hörte es sich auf Volksversammlungen und in Adressen ganz gut an, daß die Mittelstaaten „handeln“, „vorangehen“ sollten, daß sie sich zur Durchführung der Rechte der Herzogthümer aufraffen und überhaupt zu einer nationalen Politik sich verbünden sollten. Auch lag das unstreitig richtige Bewußtsein zu Grunde, daß das Nationalgefühl in den kleinern Staaten ein weit entwickelteres, selbstloseres ist als in den Großstaaten. Allein man vergaß, daß dies wesentlich eben in der geringeren Macht der kleineren Staaten seinen Grund hat, die auf den Anschluß an ein größeres Ganze angewiesen sind, ein Bedürfnis, das die Großstaaten, auch Preußen, nicht in demselben Grad empfinden. Die Machtverhältnisse standen im Widerspruch mit der Rolle, die man sich zutraute, mit den Ansprüchen, die man an sich selbst stellte. War das Nationalgefühl stärker, so hatte es darum noch nicht die Macht, eine active Politik zu treiben. Nicht Volksstimmungen machen Politik, sondern der Staat, und das Gewicht einer politischen Action steht im Verhältniß zu der Bedeutung der staatlichen Organisation, von welcher sie getragen ist.

Die entscheidende Probe war der Bundesbeschluß vom 7. Dec. Vor demselben hatten unstreitig die Mittelstaaten eine hohe Mission. Bayern als der größte war der gegebene Führer. Es mußte allen Einfluß ausbieten, um eine geschlossene Mehrheit am Bund zu Stande zu bringen, damit wenigstens von hier aus ein zweideutiges Vorgehen unsrer Großmächte nicht sanctionirt und in der bundesmäßigen Behandlung der Sache der deutsche Standpunkt gewahrt wurde. Nicht einmal diese Bemühungen waren von Erfolg. Auch in der Mehrzahl der kleineren Staaten war die Bewegung nicht so mächtig, um am Bund einen Mehrheitsbeschluß zu Gunsten des legitimen Rechts zu Stande zu bringen oder zum mindesten einen Beschluß mit verhängnißvollem Präjudiz zu verhindern. War aber einmal der Beschluß gefaßt, so war leicht vorauszu sehen, daß Bayern so gut wie die andern Staaten sich demselben unterwerfen würde. Nie hat sich das entscheidende Uebergewicht Preußens und Oestreichs am Bunde schneidender herausgestellt als eben in diesem Moment, wo die Aussichten für ein selbständiges Auftreten der von der nationalen Begeisterung ihrer Bevölkerungen unterstützten Mittelstaaten anscheinend so günstig waren.

Noch war eine, wenn auch entfernte Möglichkeit, Bayern an die Spitze einer deutschen Politik zu stellen. Wenn auf dem bayerischen Thron ein energischer, für eine große Sache Großes wagender Fürst saß, so konnte er in kühnem Entschluß seine Armee dem Herzog Friedrich zur Verfügung stellen. Sein Aufruf an Volk und Heer wäre mit stürmischer Begeisterung beantwortet worden, sie hätte sich durch ganz Deutschland fortgepflanzt und wäre vielleicht stark genug gewesen, um ein gewalthätiges Einschreiten der Großmächte zu verhindern. Niemand, der die münchener Verhältnisse kennt, konnte einen solchen Gang für wahrscheinlich oder möglich halten. Jetzt ist König Max zurückgekehrt, und schwerlich werden, die ihn zurückgerufen, ihm zumuthen wollen, sich an die Spitze einer Bewegung trotz Oestreich und Preußen, vielleicht gegen sie zu stellen. Unter normalen Verhältnissen beschränkt sich die Politik der Mittelstaaten auf die Wirksamkeit am Bund. Hier im nationalen Sinn zu wirken, bleibt auch künftig ihre Aufgabe, und daß sie es thun und mit besserem Erfolg als bisher, die Aufgabe ihrer Bevölkerungen. Aber nur Preußen konnte es seiner Zeit wagen, trotz dem Bund die kurhessische Sache in die eigene Hand zu nehmen und dort die Wiederherstellung des Rechtes zu erzwingen.

Diese thatsächlichen Verhältnisse sind seitdem nicht ohne Eindruck gewesen. In Schwaben wenigstens hat der Ruf nach einseitiger Action der Mittelstaaten bedeutend nachgelassen. Von besonderem Interesse war in dieser Beziehung die Verhandlung, die am 10. December im stuttgarter Ständesaal stattfand. War das Votum vom 24. November mehr eine allgemeine Kundgebung, so fand jetzt eine wirkliche Debatte über den von der staatsrechtlichen Commission erstatteten Bericht statt. Die Hauptanträge stießen auf keinen nennenswerthen Widerspruch. Das Verlangen der Anerkennung Herzog Friedrichs und der sofortigen Besetzung Schleswigs wurde einstimmig ausgesprochen; ebenso ging der Protest gegen den Bundestagsbeschluß vom 7. December und die Aufforderung an die Regierung, dem badischen Protest sich anzuschließen, mit allen gegen nur drei Stimmen durch. Aber der Hauptgegenstand der Debatte war ein Antrag, der die Aufforderung an die Regierung aussprach, sich zur Durchführung der Rechte der Herzogthümer mit den gleichgesinnten Regierungen zu verbünden. Da der Bundesbeschluß bereits vorlag, so war die praktische Spitze des Antrags offenbar gegen diesen und gegen die beiden Großmächte gerichtet. Nicht bloß die Regierungsbank griff ihn als bundeswidrig an, sondern auch in der Kammer erhob sich Widerspruch. Sobald man die praktischen Consequenzen eines solchen Antrags erörterte, lag seine Unmöglichkeit auf der Hand: der Antragsteller zog ihn zurück. Die Trias war hiermit gerichtet.

Noch eine andere Wahrnehmung drängte sich in dieser Sitzung auf. Waren es bei der ersten Kundgebung am 24. November fast nur großdeutsche Redner welche sich zum Wort drängten, so schien jetzt, nachdem die dringenden Auf-

forderungen an Oestreich fruchtlos geblieben waren, ihr Eifer merklich abgekühlt. Wenigstens die Conservativen unter den Großdeutschen hielten zurück. Sie warnten vor zu großer Aufregung und entschuldigten den Bund, der am Ende doch unser einziger Nothanker sei. Einer derselben versuchte es, Oestreichs Haltung im Vergleich mit Preußen in ein günstigeres Licht zu rücken. Ein anderer war so naiv, Oestreich damit zu entschuldigen, daß es nie eine rein deutsche Politik treiben könne, da es viele nichtdeutsche Länder besitze.

Solche Symptome waren nicht vereinzelt. Waren auch die Parteien im Allgemeinen unlängbar einig, so war doch das Maß der Activität ein sehr verschiedenes. Wie in der Kammer, so war es auch bei den Versammlungen und Kundgebungen aller Art die liberale Partei, die sich allein mit wirklichem Eifer der Sache annahm. Selbst die Berufung des allgemeinen Abgeordnetentags erregte Bedenken, die sich zwar nicht öffentlich kundgaben, aber doch in der vertraulichen Besprechung, welche die Kammermitglieder im Hinblick auf den frankfurter Tag am Abend des 15. December hielten, laut geworden sein sollen. Mehre Anwesende sprachen ihre Angst vor einem Ueberwiegen der Nationalvereinspartei, vor dem Ausbleiben der Oestreicher aus, oder fürchteten, daß die Versammlung extreme Beschlüsse fassen, vielleicht außer der Tagesordnung sich noch mit organisatorischen Plänen beschäftigen werde. Doch wurde von allen Seiten ein möglichst zahlreiches Erscheinen befürwortet und zugesagt. Für die Haltung der großdeutschen Presse, die in der schwäbischen Hauptstadt aufs kläglichste vertreten ist, kann man allerdings die Partei kaum verantwortlich machen. Doch war es auffallend, wie lau das Organ des großdeutschen Vereins im Lande sich von Anfang an verhielt. Es hatte nicht übel Lust, die ganze Sache für Parteizwecke auszubeuten und verlangte heute Durchführung der Reformacte, morgen Garantie für Venedig, als Bedingung der Mitwirkung Oestreichs und der großdeutschen Partei, ja als Aequivalent für eine Lösung des Herzogthumsstreits im deutschen Sinne. In dieser Beziehung nahm die großdeutsche Presse in Bayern eine weit unabhängigere und mannhaftere Haltung ein. Nur officiöse Stimmen wagten es, eine bescheidene Resignation zu empfehlen, sich gegen eine einseitige Anerkennung des Herzogs zu verwahren und selbst das Verlangen nach Einberufung der Kammern als unzeitgemäß zu bekämpfen. Daß die württembergische Regierung über die Haltung der bayrischen, wie sie sich in solchen Artikeln darstellte, nicht um eine Linie hinausgeht, versteht sich von selbst. Graf Baudissin, der längere Zeit in Mission am stuttgarter Hof sich aufhielt, ist ohne Erfolg wieder abgereist. Was die Minister in der Kammer erklärten, war dürftig genug. Doch ging so viel daraus hervor, daß die Regierung den Herzog Friedrich nicht anerkennt und sich der Führung Preußens und Oestreichs unterwirft. Daß man die Erledigung der Successionsfrage am Bunde beschleunigen wolle, war das Einzige, was zugesagt wurde, und das

klingt verdächtig genug. Denn es enthält die Anerkennung einer schiedsrichterlichen Autorität des Bundes, die für die einzelnen Staaten verbindlich ist. Auf welcher Seite aber bei künftigen Abstimmungen am Bunde Württemberg stehen werde, erfuhr man nicht. Die Regierung werde Alles aufbieten, sagte Herr von Hügel, daß der rechtmäßige Erbe baldmöglichst in den Besitz seines Landes gesetzt werde. Welches aber der rechtmäßige Erbe sei, hütete er sich auszusprechen. So redete er auch stets von der Nothwendigkeit der schleunigen Besetzung der „Herzogthümer“, ob er aber auch Schleswig zu den Herzogthümern rechne, verschwieg er. Es ist dem Ministertisch in dieser Sitzung vom 10. December keineswegs mit der Schärfe entgegnet und zugesetzt worden, wie man es erwarten durfte: die Kammer faßte ihre Beschlüsse, die Minister gaben zu verstehen, daß sie sich nicht daran kehren werden, und seitdem sind nun wieder volle zehn Tage verstrichen, ohne daß die Kammer sich auch nur wieder eine Anfrage erlaubt hätte.

Auffallend ist auch, daß die Regierung bis jetzt nicht ein einziges Mal gewagt hat, ihren Standpunkt in einer officiösen Kundgebung in ihrem Organ näher zu präcisiren. Wohl aber erscheinen in einem Winkelblatt, das im Geruche höherer Eingebungen steht, täglich heuchlerische Artikel, die unter patriotischer Maske das Volk in dem Sinne zu bearbeiten suchen, daß der Friede ein köstliches Gut, der Krieg ein kostspieliges Laster sei, daß die Einigkeit von Preußen und Oestreich ein erhabener Anblick für den Vaterlandsfreund sei, und daß es nur revolutionärer Wühlerei in den Sinn kommen könne, an dem guten Willen der Regierungen zu zweifeln.

Diese Bemühungen sind nutzlos. Die Stimmung des Volks ist fest und entschieden, auf dem Lande noch mehr als in der Hauptstadt, wo für einen blasirten Pessimismus immerhin ein besserer Boden ist. Die Versammlung, welche am 13. d. die Abgesandten der Comités des Landes in Stuttgart hielten, lieferte einen erfreulichen Beweis, wie weit verbreitet das Interesse an der Sache ist. Es mögen an 100 Comités in Württemberg bestehen, die zunächst mit Geldsammlungen, in den Städten aber überall auch mit der Organisirung von freiwilligen Wehrvereinen beschäftigt sind. Aber auch den Beweis lieferte diese Versammlung, daß die Bewegung bis jetzt einen sehr gemäßigten Charakter trägt. Selbst die Organisation eines Landesauschusses wurde vermieden. Auch die Bethätigung der vielbetheuerten Opferwilligkeit ist noch keine glänzende. Sähe sich das deutsche Volk zur Wahrung seiner Ehre und seines Rechts zu Acten der Selbsthilfe genöthigt, so würde der Anstoß, wie ich glaube, nicht von unsern süddeutschen Gegenden zu erwarten sein.